

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Der Leidensweg des Ruhrproletariats

Der Widerstand der kapitalistischen Kriegsverlierer gegen die Erfüllungspolitik hat die Ruhrbesetzung gebracht, sie hat zumindest dem Fremdling sein Vorhaben außerordentlich erleichtert. Dieselben „bewährten Wirtschaftsführer“, die im Kriege glaubten, fast die ganze Welt überwinden zu können, die sich nachher selbst an den Folgen ihrer falschen Rechnungen vorbeizudrücken gedachten, „bewährten“ sich abermals glänzend, als sie ausrechneten, die Franzosen würden alsbald wieder wie begossene Büdel aus dem Ruhrgebiet abziehen, wenn sie nicht gleich voll zu dem kämen, was sie sich zum Ziel gesetzt. Ein französisches Blatt traf die Lage damals ziemlich richtig, als es nachstern darlegte, Frankreich sei ein mehr oder weniger abgewiesenes Land, es sei nicht so sehr auf den Ertrag seiner Industrie angewiesen als Deutschland und könne es infolgedessen bei dem Widerstand länger ausfallen.

Da aber die „schweren Patrioten“ an der Ruhr vielfach weniger mit einem ruhigen, untätigen Widerstand rechneten, als vielmehr mit einer etwas geräuschvolleren „nationalen deutschvolkischen“ Erhebung, bei der Tausende Franzosen „in den Schacht“ gehen sollten, und da für eine solche „Stimmung“ noch nicht Trara und Blechmusik genug gemacht war, wurde der „Widerstand“ immer noch länger hinausgezogen. Als dann der zweite Zusammenbruch endlich doch kam, wußten die Prozentpatrioten nichts eiligeres zu tun, als für sich das Möglichste zu retten. Die erst gegen jede Erfüllungspolitik waren, überboten sich jetzt in der Abschließung von schwer bedingenden Verträgen, um nur nicht von anderen Kapitalgruppen überholt zu werden.

Und die ganze Ungunst der verhängnisvollen Verträge sollte dann wieder, soweit es nur gehen wollte, die armen Schichten des Volkes treffen, die Arbeiter und Angestellten. Der erste Frankreichschlag galt dem Achtstundentag, den die Kapitalisten mit einem frechen Sprung zu rauben gedachten. Als es nicht ganz so kam, wie es die Stippcharta vorhatte, geisterten die Unternehmersekretäre vor Wut. Dann kamen die Massenentlassungen gegen Tarif und gegen allgemeines Recht. Einst donnerten die kapitalistischen Schuldbücher mit strengen Römernamen das Wort gegen die bösen Sozialisten, daß die Justiz die Grundlage der Staaten sei und es bleiben müsse, wenn auch die Welt zusammenbräche. Als aber bei uns der „Besitz“ in Gefahr geriet, nach Gesetz und Recht bei der Reparationsleistung mit herangezogen zu werden, erlebten die Arbeiter im Ruhrbezirk das verblüffende Schauspiel, „daß Deutschlands Kapitalgetreuester Sohn auch sein — ärmerer — Sinnes ließ sich an den Gewerbegerichten sozusagen als „armer Mann“ zeigen. Ganze Scharen von Arbeitern lagten auf Schönbenerstraße wegen unberechtigter Kündigung und Entlassung. Die Kapitalgesellschaften, Eisenwerke wie Zechen, kamen da in der Regel mit dem Einwand aus § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der von der Unmöglichkeit der Leistung handelt. Die Vertreter der Eisenwerke jammerten so über ihr geldliches Nichtkönnen, daß es nicht verwunderlich gewesen wäre, wenn irgend ein Schwerkriegsbeschädigter den Kapitalisten eine — Drechorgel zur kühnen Prüfung ihres Lebens gestiftet hätte, nach den Worten des österreichischen Dichters Wildgans etwa: „Immer gibt es noch Armeere als wir!“ Die Gewerbegerichte haben Vergleiche angebahnt und auch durch eingeholte Gutachten erfahren, daß die finanzielle Lage der Schwerindustrie doch nicht derart sei, wie sie sie selbst himmeln. Ein Teil der Klagen geht ans Landgericht. Soweit auf den Zechen beschäftigte Arbeiter in Frage kommen, sind die Berggewerbegerichte zuständig. Diese gelten bei den Arbeitern als rechte Stiefbrüder des Gewerbegerichts. Vorstände der Berggewerbegerichte sind die Berggerichte, die oft erstaunliches soziales Unverständnis äußern und von Rechtsgarantien zuweilen kaum eine Spur übrig lassen. Ein Fall. Einem Angestelltenrat war ohne Einwilligung des Betriebsrats gekündigt worden und auf drei Viertel seines Gehalts gesetzt. Das Berggewerbegericht erkannte einfach, daß erhebliche Arbeiterentlassungen einer teilweisen Stilllegung des Betriebes gleichzusetzen seien und daß in solchen Fällen bei der Entlassung von Betriebsräten die Zustimmung des Betriebsrates nicht erforderlich sei. Der Kläger wollte die Vertagung der Entscheidung, um es möglich zu machen, daß die Angaben der Zeche über ihre finanzielle Leistungsummöglichkeit nachgeprüft werden könnten. Der Gerichtsvorsteher frug da einfach den Zechevertreter, ob er seine Angaben beschwören könne und wies dann die Klage auch schon ohne Eid kurzerhand ab.

Aus angeblichem geldlichen Unvermögen werden Betriebsräte entlassen, diktatorisch wurden zeitweise den Angestellten die Gehälter ebenso erheblich gekürzt wie den Arbeitern die Löhne, und weiter wurden viele Arbeiter um ihr tarifmäßiges Recht auf die Urlaubstage gebracht. Bei dem passiven Widerstand gingen viele „arme“ Unternehmer auf die fette Ruhrweide, die Arbeiter wurden der Erwerbslosenhilfe zugewiesen und später zum Teil entlassen. Die Gerichte urteilten dann vielfach so, daß der Urlaub als Teil des Lohnes hingestellt wurde. Als es nur die paar Mark Erwerbslosenunterstützung gab, wurde kein Lohn gezahlt. Damit galt dann auch die Wartezeit für den Urlaub als abgerissen, die Arbeiter wurden um ihr Recht betrogen.

So hagelten denn in der letzten Zeit die schweren Schläge auf die Arbeiterschaft und die Angestellten der Ruhrbevölkerung. Achtstundentag, Massenentlassungen, Lohn- und Gehaltskürzungen, Urlaubsraub, Maßregelungen der Betriebsräte, das sind die Hauptleiden, zu denen noch viele andere Drangsalierungen kommen.

Arbeiter sind schon oft in böse wirtschaftliche Bedrängnisse gekommen, wenn sie einen Vertrag eingingen, den sie später nur schwer oder gar nicht halten konnten. Ja, wenn auch nur die Frau in Abwesenheit des Mannes ein Lieferverbot bestellte, das der Mann gar nicht haben wollte: ob der Arme zahlen konnte, stellte gar bald der — Gerichtsvollzieher fest. Der pfändete, was es eben gab. Aber, nicht wahr, der Gerichtsvollzieher ist es hergebracht gewohnt, nur zu armen Leuten zu gehen, zu den Gesellschaftern von Kladder, Thyssen und Stinnes getraute er sich nicht. So wird wieder durch die Folgen der Wicunverträge denen noch zum Erbarmen genommen, die doch schon fast ganz nackt und bloß waren, auf daß die das „Ihre“ behalten könnten, die im Ausbeuterbesitz sind und damit bis heute noch immer im „Recht“. Wir aber verlangen, daß der Gerichtsvollzieher auch endlich mal den Weg in die Willen der Reichen findet; ob die kapitalistischen Gesellschaften die tariflichen und sonstigen gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen können, das kann unmöglich daran hängen, ob sie auch fürderhin in dem gewünschten und beliebigen Umfang in ihre Geldschränke schneiteln können, es muß ebenso wie bei ärmeren Leuten durch den Gerichtsvollzieher festgestellt werden.

Aber die Kapitalisten haben ja allezeit die Justiz zu ihrer Dure machen wollen:

„D steht mit doch die Augen, fallen Leute, wie sie mit einem Walle von Gezeiten sich wohlverwahrt gegen allen Andrang der schreiend überfalligen Hungerleider, die mit dem letzten Bredem unterm Arm langsam und seufzend nach dem Viehhaus wandern.“

So heißt es im Rädel bei H. Heine. Man kann gespannt darauf sein, wie sich die Landgerichte als Berufungsinstanz auf dem Rechts- und Tarifrecht der Unternehmer im Ruhrbezirk stellen. Steht eine arme Frau aus Hunger ein Brot, dann ist ja die Rechtslage für die Justiz gleich „klar“: „Bereit sind Richter, Henker, Stricke, Galgen!“ Macht darum doch nicht mit den kapitalistischen Gesellschaften soviel Federlebens: ist nicht genügend Geld flüssig zu machen, dann müssen die Kapitalisten eben Teile des Besitzes veräußern oder verpfänden, und wenn sie das aus ideenmüßigen Gründen (halt' fest, was du hast!) nicht wollen, dann hat das Gericht eben die Vollstreckung zu bewirken, nachdem es festgestellt hat, daß die Kapitalisten Recht und Tarif nicht geachtet haben. Der Bruch haben die Unternehmer ja zugegeben, sie kamen nur wieder mit dem bei W ächtigen gewohnten Einwand, daß Not kein Gebot könne, ein Satz, den eine hohe Justiz ja bei wirklich notleidenden, bei armen Leuten laun je gelten läßt. Von einer Not, die es verhinderte, daß armen Arbeitern geringe Lohnbeiträge ausgezahlt werden könnten, kann im Ernst bei den Kapitalisten gar keine Rede sein. Was sie vorbringen lassen, sind geschudte Knifflichkeiten und gewalttätige Vergerungen, es wird nie, nie zum lebendigen Recht!

Eins wird durch dies Leidensbild der Arbeiterschaft des Ruhrbezirks wieder erneut deutlich: auf das Geseire von den „bewährten Wirtschaftsführern“ darf nichts gegeben werden, soweit es sich um kapitalistisch ausgeprägten Eigenschaften handelt. Diese „bewährten“ Wirtschaftsführer waren in der Kriegs- wie in der Nachkriegszeit für die Arbeiterschaft lebensgefährlich. Sie stürzten und stürzen in der Wirtschaft um ihrem alten überholten Katschismus, so wie es nach dem Wort eines Naturforschers der „liebe Gott“ tun würde, wenn er „droben“ mit seiner „bewährten“ Willkür die Naturgesetze durcheinanderwerfen würde.

Und dann zeigen unsere Bilder, daß nötiger denn je der einheitliche Zusammenschluß der Leidenden und geplagten Arbeiter ist, zu Schutz und Trutz und zur Anbahnung der besseren Wege für die gesellschaftliche Entwicklung auch in der Wirtschaft. Jeder mag seine Meinung haben, was das Beste sei, aber ein Fortschritt ist nur möglich, wenn die Abwehrkraft nach einer Richtung drängt und sich nicht verzerzt. Wenn die Arbeiter dies mehr erkennen, dann ist die Zeit gar nicht fern, wo mit dem gemeinschaftlichen kapitalistischen Unternehmertum besser Fraktur geredet werden kann. Aber nur dann! W. S.

Sozialisierungsanfänge in Österreich

Von W. Ellenbogen.

Was eine sozialistische Minderheit vollbrachte.

Es war eine politische, keine soziale Revolution, die die österreichische Sozialdemokratie durchführte, als sie nach dem Waffenstillstand die Habsburger des Landes verwies. Sie konnte am ehesten erfolgreich sein, wenn sie vorerst versuchte, solche Formen sozialistischer Industrien einzuführen, die ihre Überlegenheit im Kampf mit der Außenwelt zu beweisen haben. Der sozialdemokratischen Partei war klar, daß diese Versuche in einer feindlichen, kapitalistischen Umgebung zu machen seien und daß Fehler unvermeidlich wären, zumal die kriegerische Niederlage die wichtigsten Voraussetzungen einer erfolgreichen Sozialisierung, nämlich den Überfluß von Gütern und die labilste industrielle Maschinenrie zerstört hatte.

Durch Gesetze wurden eine Sozialisierungskommission und die Einrichtung der Betriebsräte geschaffen. Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften unternahmen die Ausbildung der Betriebsräte in technischen Fragen, Wirtschaft, Buchführung, Handelsgesetze usw. Wie wirksam diese Räte in moralischer und technischer Hinsicht sind, zeigt die Tatsache, daß sie die Arbeiter zu überzeugen vermochten, freiwillig Überstunden und Sonntagsarbeit zu leisten. Ohne solche Weheleidung wäre es unmöglich gewesen, in der schwierigsten Zeit, im ersten Jahre nach dem Kriege die Warenerzeugung anzuknüpfen zu erhalten und die Krankenhäuser und Schulen im Gange zu halten. Denn es war nur der Überzeitarbeit in den Bergwerken zu verdanken, daß die Fabriken, Schulen und Krankenhäuser mit Kohlen versehen werden konnten.

Im weiteren hatten wir das Gesetz für gemeinnützige Gesellschaften (Public Utility Companies), das den Kern unserer Sozialisierungsbestrebungen bildete. Diese gemeinnützigen Gesellschaften sind die Keimzellen einer künftigen sozialistischen Ordnung. Sie sind zuerst unabhängige Unternehmungen, die nach kaufmännischen Grundsätzen arbeiten und von einer oder mehreren Behörden (Staat, Provinz oder Gemeinde) errichtet werden. In ihrem Direktorium sitzen nicht bloß die Vertreter dieser Behörden, sondern auch die der eigenen Angestellten und der Verbraucher. Die letzteren indes bestehen aus Käufern der Fertigprodukte und der Fabrikanten, die die Produktion ein Stück weiter vervollständigen, daher in einigen Fällen Privatkapitalisten.

Keine Profitmacherei.

Privater Profit ist begrenzt. Der Reingewinn wird verteilt nach bestimmten Regeln, nachdem die notwendigen Abschreibungen für Reserve, Entwertung usw. gemacht sind. Ein Gewinnanteil von 5 v. H. wird auf das Aktienkapital gezahlt, der Rest des Überschusses wird verteilt zwischen den Arbeitern und dem leitenden Personal einerseits und den Behörden andererseits. Die Hälfte des Anteils der Arbeiter muß jedoch von dem Betriebsrat für ihre allgemeine Wohlfahrtswende (Berufungsheimen, Schulen, Büchereien) verwendet werden, und gegenwärtig wird der ganze Gewinnanteil hierauf verwendet.

Es gibt zwei Arten gemeinnützige Gesellschaften: Solche, in denen das Kapital von Behörden oder anderer gemeinnütziger Gesellschaften angelegt ist, und solche, in denen Privatkapitalisten ebenfalls einen Anteil haben. In den letzteren trägt der Staat, der für die Führung einer Industrie vollständig unfähig ist, Kenntnis und Geschick von erfahrenen Geschäftsleuten für die öffentliche Wohlfahrt. Auf diese Weise werden Privatkapitalisten öffentlicher Unternehmung zugeführt. Um in dieser Hinsicht eine Waise zu haben, ermächtigt der § 37 des Gesetzes die öffentlichen Körperschaften, bis zur Hälfte des Aktienkapitals alles zu dem niedrigsten Preisangebot aufzukaufen, wenn immer ein neues Unternehmen begonnen wird, oder das Kapital eines alten erhöht wird. Auf diese Weise können sich Staat, Provinz oder Gemeinde einen Weg in die Privatindustrie allmählich, planmäßig bahnen, ohne den zuweilen empfindlichen Produktionsprozeß zu stören.

Wie aber wirken sich diese Theorien in der Praxis aus? Wir können sagen, daß die Ergebnisse fast ausnahmslos zufriedenstellend waren, soweit sich nach einer vierjährigen, inmitten einer sehr ersten Wirtschaftskrise gemachten Erfahrung urteilen läßt. Eine Schufabrik wurde errichtet, die gegenwärtig laufend Schuhe täglich und 60 v. H. billiger als der Marktpreis fabriziert. Eine Drogefabrik hat sogar eine noch größere Verbilligung verschiedener Arzneien erreicht und so dem Staate und der Stadt Wien alljährlich viele Millionen Kronen erspart, indem sie deren Krankenhäuser mit wohlfeileren Arzneien versorgte. Weiter bestehen Werke, wo Motoren hergestellt und repariert werden, wo Wasserkraft verwertet wird, wo Bankstoffe erzeugt und den zahlreichsten Steuergesellschaften billig geliefert werden, wodurch es der Stadt Wien ermöglicht wurde, ihre Häuser um viele Hundert neue zu vermehren.

Alle diese gemeinnützigen Gesellschaften bringen nach Abzug des Anteils der Arbeiter dem Staate wie den anderen beteiligten Behörden einen Reingewinn, zum mindesten aber versorgen sie die Bevölkerungsmittelglieder wie die anderen Einwohner mit billigen Waren. Der sogenannte Holzmarkt ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die Ausfuhr, Einfuhr und Beförderung des Holzes kontrolliert. Gesellschaften, wo der Staat mit Privatkapitalisten zusammenwirkt, sind die Kupfer- und Zinnwerke im Arsenal, die chemischen Werke zu Sollenau und die Kohlenzechen im Hüttal.

Widerlegung eines Märchens.

Der größte Sozialisierungsversuch ist der mit dem Arsenal. Dieses Werk, das die ausgebeutete Munitionsfabrik der früheren Monarchie war, erzeugt heute unter dem Namen Österreichische Werke Güter für friedliche Zwecke. Gleich nach dem Kriege wurde versucht, es in ein staatliches Unternehmen im gewöhnlichen Sinne umzuwandeln. Dies schlug trotz hoher staatlicher Zuschüsse fehl. In dem Augenblick, wo es in eine gemeinnützige Gesellschaft umgewandelt ward, wurde ein Teil der Belegschaft von einem wahrhaftigen religiösen Eifer erfasst. Heute, nach dreißigjährigen anstrengenden Anstrengungen und Kämpfen gegen überwältigende Widerstände, ist das Räderwerk überstanden und die Organisation wie die Produktion befinden sich im Aufstieg.

Das Unternehmen hatte sich der rücksichtslosen Feindschaft der Privatindustrie und der Banken als auch der christlich-sozialen und großdeutschen Koalition zu erwehren, welche letztere zwei Parteien inwieweit an die Regierung gekommen sind. Schließlich erwies sich auch das Durcheinander sehr nachteilig, das naturgemäß entsteht bei der Umwandlung einer Fabrik für Fortbewegungsmittel in eine, die Pflüge, landwirtschaftliche Maschinen, Motoren, Wagen und Haushaltungsgegenstände erzeugt. Die 3000 Arbeiter konnten diese Umwandlung vollbringen dank ihrer Disziplin und ihres Fleißes, also der Tugenden, die der sozialistischen Überzeugung entspringen. Selbst ein großes kapitalistisches Blatt schreibt von „der hohen Achtung, die einem eingeholt wird durch das, was die Arbeiter und das leitende Personal des Arsenals vollbracht haben.“ Damit ist durch die Wirklichkeit das Märchen von der allgemeinen Fäulerzeit im sozialistischen Staate widerlegt.

Es ist lehrreich, einen Vergleich anzustellen zwischen dem Arsenal und jenem Versuch der Regierung, eine andere Munitionsfabrik, die zu Wöllersdorf, in ein privatkapitalistisches Unternehmen umzuwandeln. Während des Krieges waren dort 40 000 Leute beschäftigt. Sie wurde einer der größten Industriegesellschaften, der Berliner Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu äußerst günstigen Bedingungen mit einer staatlichen Beihilfe von einigen Millionen Kronen überlassen. Nach sechsmonatigem Versuch brach das neue Unternehmen zusammen.

Die Vorteile unserer Verfahren selbst für den kapitalistischen Staat springen in die Augen. Wenn er vertrauenswürdig und fähige Leiter ernannt, kann er Gewinn einstreifen, ohne einen Finger zu rühren, kann er auf vernünftiger Weise als durch Bekräftigung seine Finanzen verbessern und gleichzeitig seine sozialen Dienste ausdehnen, die Bevölkerung mit billigen Waren versorgen, was gleichfalls ein sozialer Dienst ist.

Gewiß muß der Staat im Anfang geldliche Beihilfe leisten, aber 16 Unternehmen haben den österreichischen Staat in vier Jahren nicht mehr als 250 000 Pfund (6 Millionen Schilling) gekostet, und ein Teil dieser Summe ist nicht als Beihilfe, sondern als Aktienkapital oder als tragendes Darlehen zu betrachten. Staatliche Darlehen wären nicht gebraucht worden, wenn die Banken nicht ihren Haß

gegen die Sozialisierung durch Verweigerung von Anleihen betätigt...

In den letzten Jahren hungerten 300 Millionen Menschen in...

Die jetzige (bürgerliche) Regierung steht diesen Versuchen feindselig gegenüber...

Kemischeid

Eine der Verwirklichungen, mit welcher sich der Vorstand seit...

Als zum Herbst des Jahres 1920 hat es besondere Differenzen...

Auf Beschluß der SPD-Fraktion wurde der Kollege Böh für das...

Daß diese von ihnen aus den Verhandlungen ferngehalten sind...

Damit war auch die Stellung Böh als erster Bevollmächtigter...

Als Ergebnis solcher Zustände sah sich der Vorstand genötigt...

Dem in Kemischeid zurückgebliebenen Vertreter des Vorstandes...

Unter solchen Umständen ging Böh freiwillig und für 1923...

Die Verhandlung derjenigen Mitglieder, die sich nicht jeden...

Daß diese von ihnen aus den Verhandlungen ferngehalten sind...

Als Ergebnis solcher Zustände sah sich der Vorstand genötigt...

Dem in Kemischeid zurückgebliebenen Vertreter des Vorstandes...

Unter solchen Umständen ging Böh freiwillig und für 1923...

Die Verhandlung derjenigen Mitglieder, die sich nicht jeden...

Daß diese von ihnen aus den Verhandlungen ferngehalten sind...

beauftragt besonders wegen der letzten Propofation den Ausschluß...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung...

Der Empfang des Kollegen Eichler geschah nach berechtigter...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung...

So sieht die Arbeit der Ortsverwaltung in Kemischeid aus...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung...

So sieht die Arbeit der Ortsverwaltung in Kemischeid aus...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung...

So sieht die Arbeit der Ortsverwaltung in Kemischeid aus...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung...

So sieht die Arbeit der Ortsverwaltung in Kemischeid aus...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung...

So sieht die Arbeit der Ortsverwaltung in Kemischeid aus...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung...

So sieht die Arbeit der Ortsverwaltung in Kemischeid aus...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung...

So sieht die Arbeit der Ortsverwaltung in Kemischeid aus...

Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand...

müde. Endlich erreichten wir den Bevollmächtigten, er erklärte...

Die Stuttgarter Spalter sind heute morgen erneut wieder...

Das war das Signal für die aufgepeitschten und irreführten...

In Voraussicht der kommenden Dinge erwirkten wir am 5. April...

Am Montag den 7. April früh morgens waren uns durch die...

Die Schränke und der Keller lagen voll von Mitglieds...

Unter den Ausgabebelegen fanden wir aber die bereits genannten...

Zahlungen an den aufgelösten Ortsauschuß und den Kreisauschuß...

Auf den Schreibsätzen der Bevollmächtigten und Geschäftsführer...

Grone und Genossen eröffneten sofort ein neues Büro im Volks...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Genegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben...

Zur Frage der Erwerbslosenunterstützung

Bis zum Herbst des vorigen Jahres wurde die Erwerbslosenunterstützung im wesentlichen aus Mitteln des Reiches und der Länder geleistet...

Der Höchstbetrag der Beiträge betrug anfänglich 20 v. H. der Krankenkassenbeiträge und wurde später auf 2 v. H. des Lohnes umgewandelt...

Auch diese neuen Lasten wurden von den in Arbeit stehenden Beschäftigten ihrer jämmerlichen Löhne mit Rücksicht auf das elende Los der Erwerbslosen willig getragen...

Diese Ansicht ist bis heute nicht beständig geblieben. Die Reichsregierung weigert sich, eine Erhöhung der völlig unzulänglichen Unterstützungsätze vorzunehmen...

Das Beispiel vieler Orte — die nur bis zu 2 v. H. des Krankenkassenbeitrages erheben — zeigt, daß die Erwerbslosen aus den Beiträgen der Arbeitgeber völlig deckt, wenn nicht gar übersteigt...

Auf dem im November 1920 in Berlin abgehaltenen deutschen Arbeiterkongress wurde bekanntgegeben, daß es in Deutschland etwa 18 Millionen pflichtversicherte gibt...

Diese Zahlen sind natürlich nicht erschöpfend und würden sich bei einer Beitragserhöhung bis zu 3 v. H. erheblich zugunsten der Erwerbslosen vergrößern...

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes

Soweit sich übersehen läßt, hat die Besserung der Arbeitsmarktlage auch im Monat April angehalten. Ob wir für die nächsten Monate mit einer Fortdauer dieser Entwicklung rechnen können...

Table with 4 columns: Monat, Vorkriegszeit, Kriegszeit, Nachkriegszeit. Rows for Jan, Feb, März, April.

Im Monat April 1924 wurde die Besserung der Arbeitsmarktlage in vielen Gegenden durch Streiks und Aussparungen gefördert. Inzwischen ergibt sich im allgemeinen eine weitere Besserung der Arbeitslosigkeit...

Das Leben des Nationalsozialisten. In einem Buch: Die Anfänge der industriellen Revolution berichtet Bertrand Russell...

Krieg dem Kriege! An die Arbeiter aller Länder!

Der Zeitpunkt ist nicht fern, an dem die Menschheit zum zehntenmal mit Entsetzen auf jenen unheilvollen Augusttag zurückzudenken wird...

Bier Jahre lang hing ein dunkles Unheilsgewölke über der mit Blut und Tränen begängelten Erde. Vier Jahre lang strangen die Völker in sinnlosem Kampf einander an...

Und schon rüsten die Staaten auf neue zum Kampf. Mittlerweile sucht die Wissenschaft in den Laboratorien nach neuen, noch viel schrecklicheren und verheerenderen Tötungs- und Vernichtungsmitteln...

Die Zeit heilt viele Wunden. Gefühle der Bitterkeit, der Rache und des Hasses können im Laufe der Jahre verblasen und verschwinden. Ein Haß jedoch muß in den Herzen der Menschen unverwundbar weiterleben...

Die Zeit heilt viele Wunden. Gefühle der Bitterkeit, der Rache und des Hasses können im Laufe der Jahre verblasen und verschwinden. Ein Haß jedoch muß in den Herzen der Menschen unverwundbar weiterleben...

Arbeiter! Kameraden aller Länder! Am dritten Sonntag im September dieses Jahres organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund in allen angeschlossenen Ländern einen Anti-Kriegstag...

Diefer Tag muß eine Forderung werden für die internationale Friedensarmee! Mehr noch: er muß ein Warnungssignal für alle jene Mächte werden, die glauben, daß sie den untergegangenen Friedenswillen der Völker ungeprüft verheheln dürfen...

Krieg dem Kriege! Es lebe der Weltfrieden!

Die Schuldigen und Nutznießer des Ruhrkrieges

In dem Rundschreiben der Arbeitgeberverbände vom 25. März betreffend Lohnpolitik wird dreifach behauptet: Durch eine solche Ausgleichspolitik (der Schlüssel in Lohnrückstellungen) wurde im März vorigen Jahres bekanntlich die Stabilisierungspolitik aus Anlaß des Ruhrkampfes außerordentlich gefördert...

- 1. Die Regierung besaß keinen Plan für die Finanzierung des Ruhrkampfes.
2. Die Stärkung der Mark wurde von der Regierung von vornherein nur als eine Kriegsmassnahme angesehen...
3. Die im März 1923 aufgelegte Anleihe von Goldmarken...
4. Nach dem kläglichen Scheitern der Goldanleihe...
5. Die Errichtung der angeregten Devisenzentrale...
6. Am 18. April beschloß die amtliche Reichsregierung...

Einige Mitglieder der Reichsregierung, die bekanntlich als „bewährte Wirtschaftsführer“ vom Reichs- und Landesparlament, sondern ja vornehmlich mit ihrer parlamentarischen Arbeit — Stimmung zu reichen...
Nach dieser amtlichen Unterzeichnung hatte die Reichsregierung, die bekanntlich aus „bewährten Wirtschaftsführern“ vom Reichs- und Landesparlament bestand...

Eingegangene Schriften

"Kamerad!" Von Max Ge-Zoll. Verlag "Das neue Geschlecht". Frankfurt a. M. 3. Preis 50 Pf. — Jeder Arbeiter und Angestellte, der an den Begriff "Kamerad" denkt...

Inflation, Saluta, Preis, Lohn, 1914-1924. Kritische Gedanken zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise von Dr. Emil Kraus...

Umsandlungstabelle zur Beschleider- und Konsumberechnung für Drehbänke und Fräsmaschinen von August Urbahn...

Radio für alle. Zeitschrift für Radiotechnik und Radiosport. Herausgegeben von Hanns Günther und Dr. Franz Frick...

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 11. Mai ist der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Mai 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 6 columns: Verwaltung, Für Mitglieder der Beiträge, Beginn der Beitragserhebung.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturopischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Oberhausen: Der Metallarbeiter Walter Herwald, geb. am 30. Januar 1897 zu Friedenau...

Wieder aufgenommen werden: Auf Antrag der Verwaltungstelle Kassel: Der Metallarbeiter Johannes Blum, geb. am 26. Oktober 1878 zu Gumbheim...

Auf Antrag der Verwaltungstelle Oberhausen: Der Dreher Karl Grau, geb. am 5. Januar 1904 zu Offen a. R. (2/22).

Auf Antrag der Verwaltungstelle Ulm: Der Schlosser Eugen Springer, geb. am 20. März 1900 zu Ulm a. D. (12/22).

Abgeschlossenen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der Metallarbeiter Siegmund Lublinski, geb. am 10. November 1875 zu Lufiana...

Getöteten wurde: Mitgliedsbuch Nr. 3,919,967, lautend auf den Former Karl Rau, geb. am 27. Dezember 1904 zu Rüdershausen...

Zur Beachtung! Zugung ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Hamburg St.; nach Wiesdorf am Rhein; von Eisenarbeitern nach Berlin St.; von Feilenarbeitern und Schleifern nach Brandenburg a. S. St.;

von Mechanikern und Optikern nach Budapest (Ferd. Süß) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin D.; nach Kiel A. nach Oeynhausener (Hilberwerk Werkstätte, A.-G.) A.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin D.; nach Kiel A. nach Oeynhausener (Hilberwerk Werkstätte, A.-G.) A.; nach Salzgitter (Maschinenfabrik Salzgitter, A.-G.) A.;

Verbands-Anzeigen

Meerloh. Geschäftsführer zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerber müssen wohnortnah mit der gewerblichen Arbeiterbewegung vertraut sein...

Das Leben des Nationalsozialisten. In einem Buch: Die Anfänge der industriellen Revolution berichtet Bertrand Russell...